



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 30.10.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 5. November 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 27.08.2025**

2. **25-F-63-0037**

ANLAGE

Bericht über die Arbeit der städtischen Anlaufstelle für Migrationsorganisationen des WIR-Vielfaltszentrums der LHW
(ehem. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.04.2025)
- Beschluss Nr. 0071 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.06.2025 -

3. 25-V-50-0005

DL 20/25-2

20 Jahre Kommunale Jobcenter - Kurzberichte

4. 25-F-22-0093

Inklusion in KiTa und Krippe in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 29.10.2025 -

Das Thema Inklusion hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Kinder zwischen dem vollendeten ersten Lebensjahr und dem Schuleintritt haben - bei (drohender) Behinderung - einen Rechtsanspruch auf inklusive Betreuung in Kindertagesstätten. Die Umsetzung dieses Rechts stellt Einrichtungen, Träger und Fachkräfte jedoch in vielen Fällen vor erhebliche organisatorische und personelle Herausforderungen. Wie Erfahrungen aus einzelnen Fällen zeigen, kann die praktische Umsetzung von Inklusion aufgrund verschiedenster Faktoren erschwert sein - z.B. aufgrund fehlender Fachkräfte.

Zudem liegt bislang kein umfassender Überblick über den aktuellen Stand der Inklusion in Krippen und Kindertagesstätten auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden vor. Um zukünftige Entwicklungen gezielt fördern und bestehende Hürden abbauen zu können, ist eine fundierte Bestandsaufnahme erforderlich.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie sich die Zahl der Inklusionskinder in Krippen und KiTas auf dem Gebiet der LHW seit 2020 entwickelt hat.
2. wie lange die Wartezeiten auf die Verfügbarkeit geeigneter Inklusionskräfte nach Feststellung des Bedarfs jeweils waren.
3. wie häufig es zum Ausschluss von Inklusionskindern von der Betreuung kam und
 - a. wie lange der jeweilige Ausschluss dauerte.
 - b. welche Gründe hierfür vorlagen.
4. wie gut das pädagogische Personal auf das Erkennen und den Umgang mit Inklusionsbedarfen in dieser Altersgruppe vorbereitet ist.
 - a. welche Fort- und Schulungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang angeboten werden.
 - b. ob es zu offensichtlichen Regelverstößen im Umgang mit Inklusionskindern kam, und falls ja, wie häufig und welcher Art diese waren.
 - c. ob und inwiefern Verwaltungshandeln auf Grundlage von Erfahrungen mit herausfordernden Inklusionsfällen überprüft und ggf. angepasst wurde.
5. wo aus Sicht des Magistrats zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, um die Inklusion in Krippe und Kindertagesstätte in Wiesbaden weiter zu stärken.

5. 25-F-63-0071

Sachstand Umwandlung Betreuende Grundschulen (BGSen)

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke und Volt vom 29.10.2025 -

Die aktuell acht **Betreuenden Grundschulen** an Wiesbadener Schulen sind ein verlässliches und familienfreundliches Angebot der Stadt Wiesbaden. Sie ergänzen den regulären Unterricht für die teilnehmenden Kinder durch eine qualifizierte Betreuung vor und nach der Schule, die den Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Das Angebot richtet sich an ausgewählte Grundschulkinder und unterstützt deren Familien in ihrem Alltag. Die Betreuenden Grundschulen sind ganzjährig geöffnet - mit Ausnahme einer dreiwöchigen Schließungszeit während der Sommerferien. Als Teil der Jugendhilfe unterstützen sie den aktuellen Betreuungsbedarf und helfen, Benachteiligungen von Kindern und Familien zu verringern.

Für Kinder bedeutet das eine verlässliche Betreuung: Sie sind auch außerhalb der Unterrichtszeiten gut aufgehoben - vor Schulbeginn und/oder nach Schulschluss. Kreative, sportliche und spielerische Aktivitäten sorgen für Spaß und einen wohltuenden Ausgleich zum Unterricht. Zudem erhalten diese Kinder Unterstützung beim selbstständigen Lernen in ruhiger Atmosphäre.

Auch für Eltern bietet das Angebot große Vorteile: Die erweiterten Betreuungszeiten erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schaffen spürbare Entlastung im Alltag. Eltern wissen, dass ihr Kind in vertrauter Umgebung gut betreut ist - direkt an der Schule.

Mit Beschluss Nr. 0362 vom 12.11.2021 hat die Stadtverordnetenversammlung die sukzessive Umwandlung der Betreuenden Grundschulen in Schulsozialarbeit an Grundschulen festgelegt, mit dem Ziel alle Kinder an diesen Standorten durch Schulsozialarbeit betreuen zu können.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie ist der derzeitige Sachstand hinsichtlich der Umwandlung der Betreuenden Grundschulen hin zu Schulsozialarbeit an Grundschulen?
2. Welche Erfahrungen gibt es bei Schulen, die zwischenzeitlich umgewandelt wurden, insbesondere auch im Hinblick auf einen Wechsel des Trägers der Betreuung und wie sich die Betreuungssituation auch im Kontext Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder darstellt?
3. Welche weiteren Schulen wären entsprechend der fachlichen Einschätzung für Schulsozialarbeit an Grundschulen perspektivisch zu berücksichtigen?

6. 25-F-15-0042

Situation der Schulsozialarbeit in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 27.10.2025 -

Aktuell berichtet die Webseite: korrektiv.org von einer Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW Saar) zur Arbeitssituation der Schulsozialarbeit in Deutschland. Erschreckend ist darin der Hinweis, dass in einzelnen Bundesländern fast 50% der Schulsozialarbeiter mit dem Gedanken spielen, den Job zu wechseln.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Situation der Schulsozialarbeit in Wiesbaden darstellt,
2. wie viele Stellen aktuell besetzt sind und wie viele offene Stellen es in diesem Bereich gibt,
3. wie viele Kündigungen gab es in diesem Bereich jeweils in den Jahren 2023 und 2024,
4. wie hoch der Krankenstand bei diesem Personenkreis im Vergleich zur Gesamtstadt ist, und
5. welche Maßnahmen die Stadt Wiesbaden aktuell ergreift, um die Mitarbeiterzufriedenheit in diesem Bereich zu stärken?

Quelle: <https://correctiv.org/aktuelles/bildung/2025/10/21/fast-jeder-zweite-schulsozialarbeiter-denkt-an-jobwechsel/>

7. 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-69-0072

Optische Markierung von Treppenstufen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 23.11.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 31.08.2025 -

- Der Bericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung -

2. 25-I-30-0002

Prävention gegen Fake News, Hate Speech und Förderung von Medienkompetenz

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -
- Bericht des Dezernates VI vom 25.08.2025 -

- Der Bericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung -

3. 25-V-51-0014

DL 21/25-11

Bericht Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschulkindern-
Schuljahr 2024/25

4. 25-V-51-0018

DL 20/25-3

Bericht "40 Jahre Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter"

5. 25-V-51-0020

DL 22/25-9

Nachhaltigkeitskonzept Sozialer Zusammenhalt Gräselberg

6. 25-V-51-0023

DL 22/25-10

Änderung der Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendarbeit zur Förderung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche von ehrenamtlichen Jugendgruppen in Jugendorganisationen aus Wiesbaden

7. 25-V-51-0027

DL 21/25-12

Bericht Tagesbetreuung für Kinder in den ersten Lebensjahren 2024/25

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender